



Ausschuss für Soziales und Gesundheit

Niederschrift über die 17. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 6. September 2022

Sitzungsraum: Raum 126/127 der Kreisverwaltung, Carl-Heydemann-Ring 67
in 18437 Stralsund
Sitzungsdauer: 18:00 - 18:57 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender

Herr Lothar Pick

Ausschussmitglieder

Herr Alexander Benkert

Herr Jürgen Csallner

Herr Thomas Haack

Herr Wolfgang Kannengießer

Frau Gundela Knäbe

Frau Sandra Schröder-Köhler

Frau Petra Voß

Frau Monika Wenzel

Frau Anita Zimmermann

Stellvertreter/-in

Herr Gerold Ahrens

Vertretung für Herrn Adomeit

Herr Stefan Giese

Vertretung für Herrn Meister

Frau Maria Quintana Schmidt

Vertretung für Frau Kühl

Von der Verwaltung

Herr Stefan Brunke

FDL Soziales

Frau Carolin Langbein

Psychiatriekoordinatorin, Teilnahme per Videokonferenz

Herr Jörg Heusler

FDL Gesundheit, Teilnahme per Videokonferenz

Frau Kathrin Meyer

FBL 3

Frau Manuela Redlich

SB Kreistagsangelegenheiten

Frau Cornelia Schäfer

SB Integrationsbeauftragte/Ehrenamt

Herr Bastian Köhler

Protokollführung

Es fehlen:

Ausschussmitglieder

Herr Michael Adomeit

entschuldigt

Frau Andrea Köster

entschuldigt

Frau Andrea Kühl

entschuldigt

Herr Michael Meister

entschuldigt

Frau Dr. Doris Schmutzer

unentschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Bestätigung der Niederschrift vom 24. Mai 2022
5. Änderung der Protokollführung im Ausschuss für Soziales und Gesundheit BV/3/0377
6. Benennung eines Mitgliedes und einer Stellvertretung in der Besuchskommission für die sonstigen Einrichtungen in M-V
7. Bericht der Verwaltung zur aktuellen Situation im Rahmen der Corona-Pandemie
8. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Bestellung von hauptamtlich tätigen Integrationsbeauftragten" A/3/0164
9. Bericht zum Stand der Haushaltsdurchführung für das 1. Halbjahr 2022
10. Anfragen
11. Mitteilungen

- Nichtöffentlicher Teil -

12. Anfragen
13. Mitteilungen

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Pick eröffnet die 17. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und 12 von 15 Ausschussmitgliedern anwesend sind. Herr Pick stellt somit die Beschlussfähigkeit fest.

2. Einwohnerfragestunde

Einwohneranfragen werden nicht vorgetragen.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Pick erklärt, dass der TOP 8 - Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR: "Unterstützung für die Tafeln im Landkreis Vorpommern-Rügen verstetigen und Fördertopf einrichten" vom Einreicher für die heutige Sitzung zurückgezogen wurde. Der Antrag werde bei einer nächsten Sitzung des Ausschusses berücksichtigt.

Weiterhin erläutert **Herr Pick**, dass es eine redaktionelle Anpassung zum TOP 6 - „Benennung eines Mitgliedes und einer Stellvertretung in der Besuchskommission für Einrichtungen des Maßregelvollzuges in M-V“ gebe und der TOP 6 zu „Benennung eines Mitgliedes und einer Stellvertretung in der Besuchskommission für die sonstigen Einrichtungen in M-V“ abgeändert werde.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit stimmt den Änderungen zur Tagesordnung einstimmig zu.

4. Bestätigung der Niederschrift vom 24. Mai 2022

Anmerkungen zu der Niederschrift werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit bestätigt die Niederschrift vom 24. Mai 2022 einstimmig mit drei Enthaltungen.

5. Änderung der Protokollführung im Ausschuss für Soziales und Gesundheit Vorlage: BV/3/0377

Herr Köhler erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Weitere Anmerkungen zu der Beschlussvorlage werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit bestellt einstimmig mit einer Enthaltung Herrn Marcus Hanusch als stellvertretenden Protokollführer ab und bestellt einstimmig Frau Manuela Redlich als stellvertretende Protokollführerin.

6. Benennung eines Mitgliedes und einer Stellvertretung in der Besuchskommission für die sonstigen Einrichtungen in M-V

Frau Langbein erläutert die Notwendigkeit des Tagesordnungspunktes anhand des § 46 Psychischkrankengesetz M-V.
(siehe Anlage: Auszug_ §46 PsychKG M-V)

Herr Benkert nimmt an der Sitzung um 18:05 Uhr teil. (13/15)

Herr Pick erläutert, dass er Frau Mechthild Gibbels als Mitglied und Frau Sandra Schröder-Köhler als stellvertretendes Mitglied für die Besuchskommission vorschläge.

Weitere Vorschläge und Anmerkungen werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit beruft Frau Mechthild Gibbels als Mitglied und Frau Sandra-Schröder als stellvertretendes Mitglied in die Besuchskommission für sonstige Einrichtung gemäß § 46 PsychKG.

7. Bericht der Verwaltung zur aktuellen Situation im Rahmen der Corona-Pandemie

Herr Heusler erklärt, dass bisher insgesamt 78.957 Infizierte im Landkreis Vorpommern-Rügen registriert seien. Derzeit liege die Inzidenz bei circa 280 im Landkreis und 285 im Land M-V. Die Quote der positiven PCR-Tests liege bei circa 28 Prozent. Der befürchtete Anstieg der Inzidenz nach den Schulferien blieb aus. Es

werde dennoch die Entwicklung der Corona-Pandemie ab Herbst/Winter weiterhin beobachtet. Das Land M-V habe heute neue Maßnahmen für den Herbst/Winter beschlossen. Ein neues Infektionsschutzgesetz sei jedoch noch nicht endgültig beschlossen. Die Situationen auf den Intensivstationen im Landkreis sowie im ganzen Land M-V sei momentan sehr gut regelbar.

Weiterhin führt **Herr Heusler** aus, dass im Gesundheitsamt ab September insgesamt 17-18 geförderte Personalstellen im Rahmen der Corona-Pandemie wegfallen. Der Landkreis versuche derzeit circa 5 Stellen zu verlängern.

Auf Nachfrage von Herrn Pick erläutert **Herr Heusler**, dass die Positivquote der von Arztpraxen beantragten PCR-Tests bei circa 47 Prozent liege. In den Krankenhäusern sei diese bei circa 12 Prozent, sodass bei allen berücksichtigten positiven Tests die o.g. Durchschnittsquote von 28 Prozent entstehe.

Weitere Anmerkungen werden nicht vorgetragen.

8. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Bestellung von hauptamtlich tätigen Integrationsbeauftragten" - Vorlage: A/3/0164

Herr Pick erläutert den eingebrachten Antrag der Fraktion DIE LINKE und führt ergänzend aus, dass die amtierenden ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten für Menschen mit Behinderungen des Landkreises Vorpommern-Rügen erhalten bleiben sollen und die Arbeit durch eine hauptamtliche Stelle in der Verwaltung weiter zu fördern bzw. zu unterstützen.

Frau Schäfer führt aus, dass 40 Prozent ihrer Stellenbeschreibung die Wahrnehmung der Aufgaben der/des Behindertenbeauftragten des Landkreises beinhalte. Dies sei u.a. das Erarbeiten und Koordinieren der Umsetzung des Aktions- und Maßnahmeplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Abstimmung mit den zwei ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten und in Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden der Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen, weiteren staatlichen Organisationen und den Organisationseinheiten des Landkreises.

Weiterhin teilt **Frau Schäfer** mit, dass sie im Jahr 2021 teilweise im Gesundheitsamt für die Tätigkeiten im Rahmen der Corona-Pandemie eingesetzt gewesen sei und seit März 2022 die Leitung der Ukraine-Kommunikationsstelle habe.

Frau Knäbe erklärt, wenn Frau Schäfer ihre o.g. 40 Prozent vollumfänglich ausüben könne, dies für die Arbeit der Integrationsbeauftragten ausreichend sei und die Zusammenarbeit mit ihr und Herrn Brelle viel Gutes schaffen werde.

Des Weiteren habe **Frau Knäbe** im Vorhinein mit Frau Brüdgam über den Antrag gesprochen und Frau Brüdgam erhoffe sich durch den Antrag eine zusätzliche Personalstelle, welche losgelöst von jeder Weisung sei und neben dem Landrat in die Struktur der Verwaltung des Landkreises Vorpommern-Rügen aufgenommen werde. Unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Sparsamkeit halte **Frau Knäbe** eine solche Stelle derzeit für sehr ambitioniert und es müsse das vorhandene Potenzial genutzt werden. Seien zukünftig Änderungen bzw. weitere Unterstützung bei der Ausübung der Tätigkeiten erforderlich, so könne der Kreistag Vorpommern-Rügen nochmals über den Antrag beraten.

Weiterhin erklärt **Frau Knäbe**, dass durch die Tätigkeit im Ehrenamt eine sehr gute

Verknüpfung zu den einzelnen Fachdiensten bzw. Entscheidungsinstanzen der Verwaltung entstanden sei, sodass Zuarbeiten und Unterstützungen schnell und direkt erfolgen können. Mit einer hauptamtlichen Personalstelle sei immer die Verwaltungshierarchie einzuhalten.

Herr Brelle führt aus, dass die Unterstützung von Frau Schäfer durch die 40 Prozent in ihrer Stellenbeschreibung ausreichend sei. Wichtig sei, dass sie diese auch vollumfänglich wahrnehmen könne. Projekte könne **Herr Brelle** aufgrund seines Ruhestandes derzeit gezielt umsetzen und sehe daher keinen Bedarf für eine hauptamtliche Personalstelle.

Herr Pick erklärt, dass der Ausschuss eine Empfehlung an den Kreistag geben müsse, wie dieser mit dem Antrag weiter verfahren möge. Er würde ungern den Antrag zurückziehen und schlägt vor, den Antrag zurückzustellen und in einem Jahr einen Sachstandsbericht durch Frau Knäbe, Herrn Brelle und Frau Schäfer geben zu lassen. Im Anschluss könne der Antrag immer noch bei Bedarf bzw. Änderungen beschlossen oder abgeändert werden. Die Verwaltung werde gebeten, Frau Schäfer die vollumfängliche Ausübung der 40 Prozent zu gewähren.

Herr Csallner erläutert, dass er aufgrund der vorgetragenen Ausführungen keine Notwendigkeit für eine zusätzliche Stelle sehe und die Auffassung von Herrn Pick teile.

Herr Benkert befürwortet die Ausführung von Herrn Pick und unterstütze die Bitte einen Sachstandsbericht nach einem Jahr in diesem Ausschuss vorzutragen.

Weitere Anmerkungen werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag Vorpommern-Rügen einstimmig mit einer Enthaltung den Antrag zurückzustellen, da der Ausschuss in einem Jahr erneut über die Notwendigkeit dieses Antrages beraten möchte.

9. Bericht zum Stand der Haushaltsdurchführung für das 1. Halbjahr 2022

Herr Brunke erläutert die vorliegende Tischvorlage zum aktuellen Stand der Haushaltsdurchführung für das 1. Halbjahr 2022.
(siehe Anlage: Haushaltsdurchführung 1. HJ 2022)

Herr Pick erfragt, ob die nicht kalkulierbaren Risiken bei den erwarteten Mehrkosten für Energie etc. berücksichtigt werden können.

Herr Brunke erklärt, dass die Verwaltung dahingehend vermehrt mit Nachfragen seitens der Leistungserbringer rechnen und in den derzeitigen Neuverhandlungen mit den Leistungserbringern berücksichtigt werden könne. Die Entwicklung sei jedoch nicht vorauszusehen, sodass konkrete Festlegungen nicht getroffen werden können.

Weitere Anmerkungen werden nicht vorgetragen.

10. Anfragen

Herr Benkert bittet die Verwaltung zu einer der nächsten Sitzungen nochmals die Kassenärztliche Vereinigung M-V (KV M-V) einzuladen. Diese solle über die derzeitige hausärztliche Versorgung im Landkreis berichten und die einzelnen

Versorgungsgebiete darstellen und erläutern. Nach Auffassung der KV M-V sei die Versorgung in den einzelnen Bereichen umfänglich abgesichert. Vor Ort seien aber für die Bürger/innen kaum wohnortnahe Ärzte vorhanden.

Frau Meyer erklärt auf Nachfrage von Herrn Pick, dass in der nächsten Woche Gespräche zu den aktuellen Hebammenproblematik geführt werden. Einen aktuellen Sachstand werde sie auf der nächsten Sitzung des Ausschusses vorstellen.

Weitere Anfragen werden nicht vorgetragen.

11. Mitteilungen

Herr Brunke teilt mit, dass dem Landkreis zur Umsetzung des Wohlfahrtsfinanzierungs- und -transparenzgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (WoftG M-V) für das Jahr 2023 circa 777.000 EUR vom Land M-V zugewiesen worden seien. Die Summe sei aufgrund der Anpassung der Bevölkerungsstruktur etwas höher als für 2022. Es zeichne sich ab, dass der Landkreis perspektivisch für eine auskömmliche Beratungslandschaft mehr Geld in die Hand nehmen müsse, dies auch über die hälftige Kofinanzierung des Landes hinausgehend. Die mit Vertretern der Träger der Freien Wohlfahrtspflege gebildete AG (es habe bereits die 9. Sitzung seit September 2021 stattgefunden) befasse sich mit der Bedarfsermittlung. Die in 2023 anstehende Haushaltsplanung für 2024 (bei Doppelhaushalt 2024/25) werde die finanziellen Bedarfe entsprechend darstellen.

Weiterhin erklärt **Herr Brunke**, dass der Landkreis derzeit zwei Modellprojekte in diesem Rahmen durchführe. Zum einem werde eine Behindertenberatung im Raum der Hansestadt Stralsund/Insel Rügen für insgesamt 12 Monate getestet (Träger: DRK), zum anderen die Allgemeine Soziale Beratung unter Einsatz des sog. „CariMobils“ im Bereich ehemals Nordvorpommern (Träger: Caritas), dies ebenfalls für 12 Monate. Der aktuelle Tourenplan sei auf deren Caritas-Homepage einzusehen. (siehe Anlagen: Flyer DRK Beratungsstellen und Flyer CariMobil)

Zusätzlich führe der Landkreis eine Bürgerbefragung zur sozialen und Gesundheitsberatung von September bis November 2022 durch. Die Bürger/innen können sich hierbei zur Beratungslandschaft äußern. Diese Befragung sei online konzipiert, bei Bedarf könne jedoch auch ein Papierfragebogen mit kostenfreiem Rückumschlag angefordert werden. Die Werbung für die Umfrage erfolge u. a. über die Pressestelle des Landkreises und über Aushänge in den Liegenschaften. Zudem seien die Bürgermeister/innen und Amtsvorsteher/innen angeschrieben worden mit der Bitte um entsprechenden Aushang in Ihren Liegenschaften bzw. Aufnahme in ihren Amtsblättern. (siehe Anlage: Umfrage soziale und Gesundheitsbefragung)

Weitere Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

Herr Pick bedankt sich für die Ausführungen und eröffnet den nichtöffentlichen Sitzungsteil um 18:56 Uhr.

15.09.2022, gez. Lothar Pick

Datum, Unterschrift
Ausschussvorsitzender

15.09.2022, gez. Bastian Köhler

Datum, Unterschrift
Protokollführer

Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für Menschen mit psychischen Krankheiten (Psychischkrankengesetz - PsychKG M-V)

§ 46 PsychKG M-V - Besuchskommission

(1) Das für Gesundheit zuständige Ministerium bildet eine Besuchskommission für die Einrichtungen des Maßregelvollzuges und die Landkreise und kreisfreien Städte bilden jeweils Besuchskommissionen für die sonstigen Einrichtungen. Die Besuchskommissionen besuchen und überprüfen in der Regel ohne Anmeldung mindestens einmal jährlich die Einrichtungen oder die Einrichtungen des Maßregelvollzuges, in denen Menschen mit psychischen Krankheiten nach diesem Gesetz untergebracht sind, ob die mit der Unterbringung von verbundenen Aufgaben erfüllt und die Rechte der Menschen mit psychischen Krankheiten gewahrt werden. Dabei ist den Menschen mit psychischen Krankheiten Gelegenheit zu geben, Wünsche oder Beschwerden vorzutragen.

(2) Innerhalb von zwei Monaten nach jedem Besuch fertigt die Besuchskommission einen Bericht an, der auch die Wünsche und Beschwerden der Menschen mit psychischen Krankheiten enthält und zu ihnen Stellung nimmt. Das für Gesundheit zuständige Ministerium übersendet dem Landtag einmal in der Legislaturperiode eine Zusammenfassung dieser Berichte in anonymisierter Form.

(3) Der jeweiligen Besuchskommission gehören an:

1. eine Fachärztin oder ein Facharzt für Psychiatrie oder eine Fachärztin oder ein Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie,
2. eine Richterin oder ein Richter,
3. eine Sozialarbeiterin oder ein Sozialarbeiter des für den Bereich, in dem die besuchte Einrichtung oder die Einrichtung des Maßregelvollzuges liegt, zuständigen Sozialpsychiatrischen Dienstes,
4. eine Vertreterin oder ein Vertreter eines Interessenverbandes von Menschen mit psychischen Krankheiten, die oder der von dem Landkreis oder der kreisfreien Stadt benannt wird, in deren Zuständigkeit die besuchte Einrichtung oder die Einrichtung des Maßregelvollzuges liegt,
5. eine Vertreterin oder ein Vertreter eines Interessenverbandes der Freunde oder Angehörigen von Menschen mit psychischen Krankheiten, die oder der von dem Landkreis oder der kreisfreien Stadt benannt wird, in deren Zuständigkeit die besuchte Einrichtung oder die Einrichtung des Maßregelvollzuges liegt,
6. eine Bürgerin oder ein Bürger Mecklenburg-Vorpommerns ohne Fachkunde, die oder der von dem für Gesundheit zuständigen Ausschuss des Landtages beziehungsweise der Stadtvertretung oder der Bürgerschaft oder des Kreistages, in deren Zuständigkeit die besuchte Einrichtung oder die Einrichtung des Maßregelvollzuges liegt, benannt wird.

Der Besuchskommission für die Einrichtungen des Maßregelvollzuges gehört zusätzlich eine sachkundige Mitarbeiterin oder ein sachkundiger Mitarbeiter des für Gesundheit zuständigen Ministeriums an. Der zuständigen Amtsärztin oder dem zuständigen Amtsarzt ist Gelegenheit zur Teilnahme an den Besuchen zu geben. Das für Gesundheit zuständige Ministerium kann im Benehmen mit der Besuchskommission weitere Personen zu den Besuchen hinzuziehen, soweit der Zweck des Besuches dadurch besser erfüllt werden kann.

(4) Die Berufung der Mitglieder der Besuchskommissionen und die Einrichtung der Geschäftsstellen erfolgt

1. durch das für Gesundheit zuständige Ministerium für Besuche von Einrichtungen des Maßregelvollzuges und
2. durch die Landkreise und kreisfreien Städte für Besuche von sonstigen Einrichtungen.

Für jedes Mitglied ist mindestens eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter zu berufen. Die Geschäftsstellen der Besuchskommissionen übersenden die in Absatz 2 genannten Berichte an die Geschäftsstelle der Besuchskommission für die Einrichtungen des Maßregelvollzuges. Die Geschäftsstelle der Besuchskommission für die Einrichtungen des Maßregelvollzuges fasst die Berichte aller Besuchskommissionen zusammen und führt mindestens einmal im Berichtszeitraum eine Beratung der Geschäftsführungen aller Besuchskommissionen durch.

(5) Die Mitglieder und ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter werden für zwei Jahre berufen. Eine erneute Berufung ist zulässig.

(6) Die Mitglieder der Besuchskommission sind nicht an Weisungen gebunden. Sie sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Ihre Entschädigung richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter.

(7) Die Aufsichtspflichten und -rechte der zuständigen Behörden sowie das Recht der Menschen mit psychischen Krankheiten, andere Überprüfungs- oder Beschwerdeinstanzen anzurufen, bleiben unberührt.



**Deutsches
Rotes
Team**

**SETZE EIN ZEICHEN UND KOMM ZU UNS,
ALS MITARBEITER ODER MITGLIED.**



DRK-Kreisverband Rügen-Stralsund e.V.
in Kooperation mit dem Landkreis Vorpommern-Rügen

Leistungskatalog

DRK-Kreisverband Rügen-Stralsund e.V.

Geschäftsstelle

Billrothstraße 4, 18528 Bergen auf Rügen
Tel. 03838 8023-0, Fax 03838 8023-33
info@drk-ruegen-stralsund.de

Sekretariat Stralsund

Hafenstraße 21, 18439 Stralsund, Tel. 03831 390-406
info-stralsund@drk-ruegen-stralsund.de

Vereinsarbeit

Tel. 03838 8023-17

Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 03838 8023-29

Ehrenamt & Ausbildung

Tel. 03838 8023-17

Ambulante Pflege

Tel. 03838 2300-4

Stationäre Pflege

Tel. 03838 8023-13

Rettungsdienst

Tel. 03838 8023-31

Service Wohnen

Tel. 03838 8023-52

Pflegeberatung

Tel. 03838 82281-68

Schlaganfall-Hilfe

Tel. 03838 82281-68

Ergotherapie

Tel. 03838 21303-30

Physiotherapie

Tel. 03831 288-8432

KITA & Hort

Tel. 03838 8023-15

Behindertenhilfe

Tel. 03838 8066-11

Obdachlosenhilfe

Tel. 03831 7036-90

Stralsunder Tafel

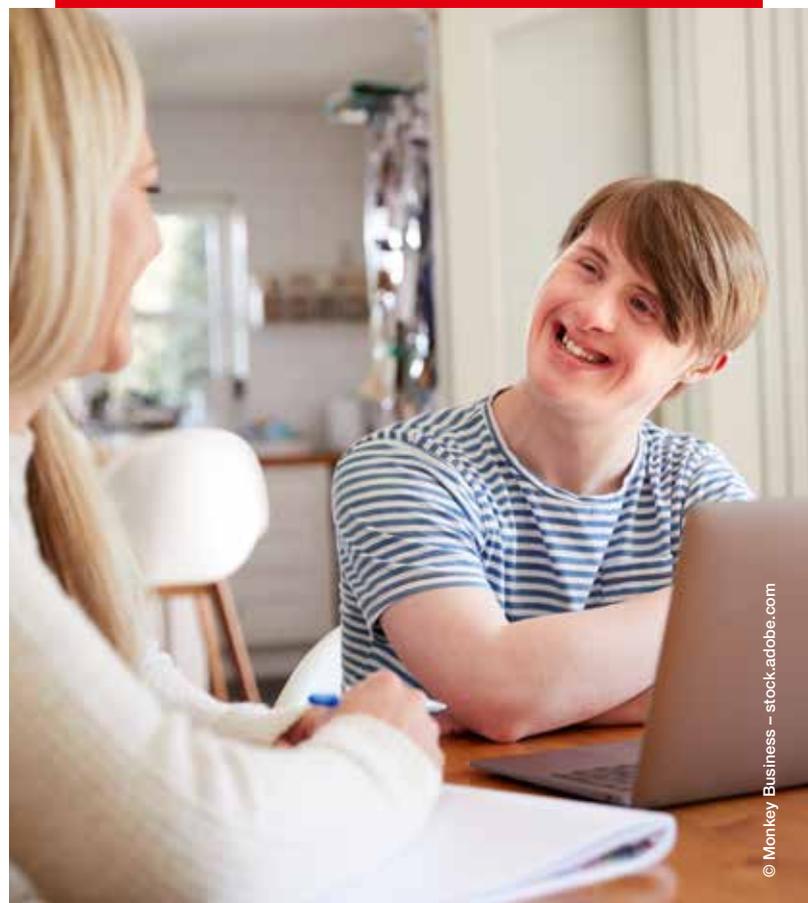
Tel. 03831 3927-25

Hausnotruf

Tel. 03838 4040-04

Wir sind auf Rügen und in Stralsund für Sie da!

Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung



© Monkey Business - stock.adobe.com

Wir sind für Sie da!

Sie selbst haben eine Behinderung oder sind von einer Behinderung bedroht und suchen Unterstützung? Oder sind Sie Angehörige von einem Betroffenen, die Beratung und Begleitung im Hilfeprozess wünschen? Wir sind auf Rügen und Stralsund für Sie da und beraten Sie in unseren Räumlichkeiten über Ihre Rechte und Ansprüche auf Hilfe sowie geeignete Unterstützungsmöglichkeiten. Gern sind wir auch in Ihrem Wohnort für Sie im Einsatz. Sprechen Sie uns an!

Wir beraten Sie zu:

- + rechtlichen Rahmenbedingungen
- + Leistungen der Eingliederungshilfe
- + Frühfördermöglichkeiten
- + Bildungsangeboten
- + Arbeitsmöglichkeiten
- + verschiedenen Wohnformen und barrierefreiem Wohnen
- + Familienentlastenden Diensten
- + Freizeitangeboten
- + Therapiemöglichkeiten
- + technischen/pflegerischen Fragen (Hilfsmittelberatung)

Wir informieren über:

- + die Inanspruchnahme behindertenspezifischer Hilfen
- + hilfeleistende Einrichtungen und Angebote
- + Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen
- + spezifische Fachdienste
- + die Beantragung von Eingliederungshilfe-Leistungen und Behörden-/Gutachterterminen
- + Selbsthilfegruppen, Einrichtungen und Organisationen, die sich für die Anliegen behinderter Menschen einsetzen
- + barrierefreien Wohnraum und die Umsetzung neuer Wohnkonzepte ... und vieles mehr.



© Lumos sp – stock.adobe.com

Unser Kontakt



Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung
Tilzower Weg 35 · 18528 Bergen auf Rügen
Hafenstraße 21 · 18439 Stralsund
Tel. 03838 8066-66 · Mobil: 0160 4125037
beratung-mmb@drk-ruegen-stralsund.de

UNSERE BERATUNGSZEITEN

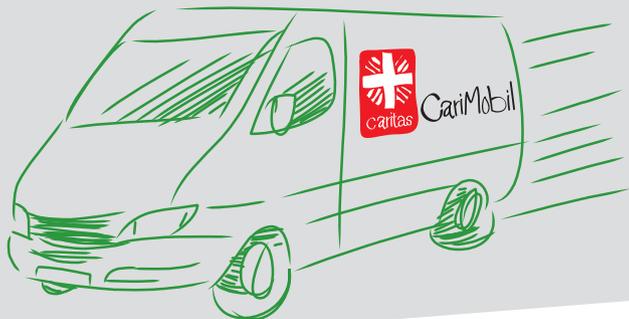
Dienstag: 9 bis 12 Uhr in Bergen auf Rügen
Freitag: 9 bis 12 Uhr in Stralsund
An allen anderen Tagen und nach persönlicher Vereinbarung sind wir mobil für Sie unterwegs.

ANFAHRT & PARKEN

Mit dem Auto: Parkplätze finden Sie direkt vor Ort auf unserem Gelände.

Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln:

Bergen auf Rügen: Bus 31, Haltestelle Tilzow Gewerbegebiet
Stralsund: Bus Linie 1, 3 und 30, Haltestelle Hafenstraße



CariMobil

BERATUNG AUF RÄDERN

Das CariMobil – Beratung auf Rädern

Wir stellen Kontakte her und beraten kostenlos sowie unbürokratisch.

Wir unterstützen vertraulich, unabhängig von Weltanschauung, Religion und Nationalität.

Wo finden Sie uns?

Die CariMobil-Standorte werden auf der Homepage www.caritas-vorpommern.de, in Amtsblättern und Aushängen bekannt gegeben.

CariMobil Vorpommern-Rügen

Caritasverband für das Erzbistum Berlin
Frankenwall 7 | 18439 Stralsund

carimobil.stralsund@caritas-vorpommern.de
www.caritas-vorpommern.de

in Kooperation mit:



Herausgegeben vom
Caritasverband für das
Erzbistum Berlin e.V.

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
Konto 32 135 00
BLZ 100 205 00



Caritas 07/2022, artwork: die-artisten, Foto Titel ©stock.adobe.com – highwaystarz, Foto innen ©Caritasverband



Caritas in Stralsund
www.caritas-vorpommern.de



CariMobil

BERATUNG AUF RÄDERN

Ich lebe, wo kaum noch jemand hinkommt

Sie suchen Kontakt zu Menschen und Fachleuten, mit denen Sie sich bei Ihnen in der Nähe über Ihre Angelegenheiten austauschen können?

Manches verstehe ich nicht

Sie suchen jemanden, der Sie bei persönlichen Fragen und Sorgen in Ihrem Alltag unterstützt?

Ich bräuchte jemanden, der Bescheid weiß

Sie suchen jemanden, der Sie in besonderen Lebenslagen beraten darf und Hilfe vermittelt.

Wir kommen zu Ihnen, sprechen mit Ihnen, unterstützen Sie und vermitteln bei ...

- Fragen zu Anträgen, amtlichen Schreiben und Behördenangelegenheiten
- Fragen zu Miete, Wohnen und Wohngeld
- Fragen des Auskommens und des Lebensunterhalts
- Fragen zu Arbeit, Arbeitslosigkeit, ALG I und ALG II (Hartz IV)
- Fragen zur Erziehung, Schule und den Berufswegen Ihrer Kinder
- Fragen zu Krankheiten, Krankheitsfolgen, Rehabilitation und Pflege
- Fragen zu Einschränkungen und Behinderungen
- Fragen zu Renten, Beiträgen oder zur Sicherung im Alter
- Fragen zu Schulden, Raten und Entschuldung



Sprechen Sie uns an!

Alexander Weyer · Mobil: 0152 2580 6327
Isabell Schätzlein · Mobil: 0174 2710 186

Bürgerbefragung

des Landkreises Vorpommern-Rügen

zur sozialen und Gesundheitsberatung*

Weitere Informationen und die Befragung finden Sie auf der Homepage des Landkreises Vorpommern-Rügen unter <https://www.lk-vr.de/Kreisverwaltung/Soziales/Bürgerbefragung/> oder direkt hier:



(aktiv vom 1. September bis 30. November 2022)

Ihre Angaben erfolgen anonym und werden entsprechend der Datenschutz-Grundverordnung ausgewertet.

Bitte tragen Sie mit Ihrer Teilnahme zur Optimierung der Beratungslandschaft in unserem Landkreis bei! Herzlichen Dank.

Landkreis Vorpommern-Rügen
Fachdienst Soziales

* Das Gesetz über die Finanzierung und zur Transparenz in der Freien Wohlfahrtspflege Mecklenburg-Vorpommern regelt die Sicherstellung sowie die Finanzierungstransparenz der sozialen Beratung und der Gesundheitsberatung durch die Freie Wohlfahrtspflege der Landkreise und kreisfreien Städte.